



Ursprünglich wollte die Papenburg AG den Kiesabbau in Schönau auf Flächen (Acker oben) unmittelbar neben der Ortslage Rückmarsdorf erweitern. Diese Pläne sind nun vom Tisch. (FOTO: André Kempner)

### **Aus für den Kiesabbau in Rückmarsdorf**

**Die Stadt unterstützt die GP Papenburg AG nun bei einem Baustoffzentrum. Auch das dürfte mit Einschränkungen für die Anwohner verbunden sein.**

**Leipzig.** Nach acht Jahren ist das Tauziehen um die Ausbeutung der Kieslagerstätten in Rückmarsdorf vorbei. Als eine seiner letzten Entscheidungen gab der noch amtierende Stadtrat am späten Mittwochabend seine Zustimmung für die Entwicklung eines Baustoffzentrums im Leipziger Westen. Ein Kompromiss, auf den sich Kommune und Investor, die GP Papenburg AG, zuletzt verständigen konnten.

Ursprünglich wollte die Unternehmensgruppe aus Hannover, die schon seit vielen Jahren in Leipzig Kiesabbau betreibt, in Rückmarsdorf eine neuen Lagstätte erschließen. Sie hatte dazu bereits die erforderlichen Anträge bei den zuständigen Behörden, darunter dem Sächsischen Oberbergamt gestellt. Die Behörde in Freiberg entscheidet unter anderem darüber, wer, wo und unter welchen Voraussetzungen Rohstoffe im Freistaat abbauen darf.

Investor wollte bis zu 75 Meter an Häuser heranrücken

Jahrelang liefen Anwohner, die Bürgerinitiative „Mit uns ist kein Kies zu machen“ und Umweltschützer gegen den Papenburg-Plan Sturm. Der Stadtrat verlangte daraufhin einen deutlich besseren Schutz der betroffenen Anwohner.

Dies führte dazu, dass die Kommune dem Unternehmen nur noch jene Flächen im Kiesabbaugebiet veräußern wollte, die mindestens 300 Meter von Häusern entfernt liegen. Eigentlich wollte der Investor bis zu 75 Meter an die Siedlungsgrenze heranrücken. Die Beschränkung hätte dazu geführt, dass sich die Abbaufäche um mehr als die Hälfte auf nur noch 11,5 Hektar reduziert, die Wirtschaftlichkeit des Projektes letztlich in Frage gestellt würde.

Diese Einigkeit im Rat, sagte Christian Schulze, „hat den nötigen Druck auf den Investor erhöht, nach anderen Lösungen im Interesse der Menschen vor Ort zu suchen“. Mit dem nun gefundenen Kompromiss sei der „geplante Kiesabbau in Rückmarsdorf endgültig vom Tisch“, betonte der SPD-Politiker. „Diese Entscheidung ist vor allem ein Plus für die Lebensqualität der Menschen in Rückmarsdorf.“

Die Stadt sichert dem Unternehmen Papenburg nunmehr zu, ihm die für die Entwicklung des Baustoffzentrums notwendigen Flächen zu verkaufen beziehungsweise gegen andere Grundstücke zu tauschen und begann am Mittwoch bereits damit, die planerischen Voraussetzungen für das Projekt zu schaffen. „Wir haben ein größeres Grundstückstauschpaket mit der Papenburg AG vor“, bestätigte Baubürgermeister Thomas Dienberg (Grüne). „Sämtliche Flächen, die sie im bisherigen Kiesabbau hat, sollen in unser Eigentum übergehen.“ Dafür trete die Stadt andere Grundstücke ab oder zahle das Unternehmen entsprechend aus. „Das ist sehr in unserem Interesse“, betonte Dienberg.

Papenburg verfolgt in Rückmarsdorf ein Kreislaufwirtschaftsprojekt, das neben dem Bau eines Verwaltungs- und Sozialgebäudes auch Asphalt- und Betonwerke, eine Bodenaufbereitung, Recycling, eine Baustoffproduktion und einen Baustoffhandel sowie einen Energiepark für erneuerbare Energien, einen Energiespeicher und Elektrolyseur zur Wasserstoffproduktion und Lager- und Technikflächen umfasst. Dafür sollen im Stadtgebiet verteilte Betriebsstandorte aufgegeben und einer anderen Nutzung zugeführt werden. Außerdem wird Papenburg die für den geplanten Fernradweg Halle-Leipzig benötigten Flächen entlang des Saale-Leipzig-Kanals zur Verfügung stellen.

Pläne für erneuerbare Energien am Rand von Rückmarsdorf

Udo Bütow, Stadtrat der AfD, schloss nicht aus, dass trotz des verhinderten Kiesabbaus die Entscheidung des Stadtrates für die Menschen in Rückmarsdorf Einschränkungen zur Folge hat. Wirtschaft in einer Stadt sei naturgemäß auch „mit Unannehmlichkeiten und Härten“ verbunden, sagte er. „Wir sehen aber die Vorteile der nahen Wirtschaft, der kurzen Wege, der Arbeitsplätze, der regionalen Wertschöpfung und Steuern“, die letztlich der Stadt zugutekommen. Seine Fraktion forderte allerdings, aus dem avisierten Flächentauschpaket die Areale „nordwestlich der Bahntrasse und südlich der Rückmarsdorfer Bebauung, der Straße An der Vogelweide“ herauszunehmen und diese für die Landwirtschaft zu erhalten.

Baubürgermeister Dienberg versicherte zwar, diese Flächen „zunächst“ zurückzuhalten und nicht in das Tauschgeschäft mit einzubeziehen. Allerdings nur, weil die Stadt noch untersuchen will, ob sie sich für die Gewinnung von erneuerbaren Energien eignen. Damit dürften neue Debatten in Rückmarsdorf bevorstehen.

Quellenangabe: Leipziger Volkszeitung vom 23.08.2024, Seite 23 (Klaus Staeubert)